

## PRESSEMITTEILUNG

Frankfurt am Main, 23. Oktober 2013

### **Die dienende Funktion des Kapitalmarkts erhalten und ausbauen**

**Zum Beginn der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD hat das Deutsche Aktieninstitut heute programmatische Anregungen für die künftige Bundesregierung veröffentlicht. Die Kernbotschaft: Ein funktionierender Kapitalmarkt ist Grundvoraussetzung für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Entscheidend ist der richtige ordnungspolitische Rahmen.**

„Unsere Anregungen für die künftige Bundesregierung sind ein Plädoyer für die dienende Funktion der Kapitalmärkte. Hier besteht Aufklärungsbedarf, da der Kapitalmarkt in weiten Teilen von Politik und Öffentlichkeit immer noch viel zu sehr als Problem und nicht als Problemlöser wahrgenommen wird“, betont Christine Bortenlänger, Chefin des Deutschen Aktieninstituts.

Der Kapitalmarkt bietet den Anlegern unterschiedliche Möglichkeiten, um Vermögen aufzubauen und privat für das Alter vorzusorgen. Zudem stellen Kapitalmärkte und Börsen den Unternehmen die notwendigen Mittel für die Finanzierung von Wachstum und Beschäftigung bereit. Insbesondere für die deutsche Exportwirtschaft bieten Kapitalmärkte verschiedene Instrumente zur Absicherung von Wechselkursschwankungen und anderen Risiken.

Hierfür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. „Die Attraktivität von Aktien als ideales Instrument des langfristigen Vermögensaufbaus leidet unter der steuerlichen Diskriminierung“, sagt Bortenlänger. Während Aktienerträge im Unternehmen und auf Anlegerebene besteuert werden, greift der Fiskus bei festverzinslichen Wertpapieren wie etwa dem Sparbuch oder dem Tagesgeld nur einmal zu. „Von 100 Euro Ertrag bleiben den Aktiensparern nach Steuern etwas mehr als 50 Euro übrig; bei dem Sparbuch sind es immerhin fast 75 Euro“, rechnet Bortenlänger vor. Die künftige Bundesregierung muss diese Diskriminierung endlich beenden. „Politische Forderungen nach einer Erhöhung der Abgeltungsteuer auf 32 Prozent sind hingegen kontraproduktiv und werden die Privatanleger noch weiter aus der Aktienanlage vertreiben“, warnt Bortenlänger.

Aus vermögens- und sozialpolitischer Sicht ist auch die Diskussion um die Finanztransaktionssteuer kontraproduktiv. Beispiele für die negativen Auswirkungen auf private Anleger gibt es genug. „Die Einführung dieser Steuer kommt einer faktischen Rentenkürzung von zehn Prozent gleich, wenn Geld für das

Alter in einen Riesterfondssparplan angelegt wird“, sagt Bortenlänger. Die Idee der Finanztransaktionssteuer gehört daher dringend ad acta gelegt.

Darüber hinaus gibt es für die Privatanleger weitere Hindernisse, in Aktien und andere Wertpapiere zu investieren. „Dazu gehören unangemessen hohe regulatorische Hürden in der Anlageberatung der Banken, eine unzureichende ökonomische Bildung in breiten Bevölkerungsschichten oder eine geringe staatliche Förderung von Belegschaftsaktien, die nicht den international üblichen Standards entspricht“, so Bortenlänger.

Das Potenzial des Kapitalmarkts muss auch für die Finanzierung der deutschen Wirtschaft gehoben werden. Die im internationalen Vergleich eher geringe Zahl der Börsengänge verdeutlicht den Handlungsbedarf. „Es ist notwendig, die Ursachen hierfür zu identifizieren und zu handeln“, fordert Bortenlänger. Beispielsweise verringern unverhältnismäßige Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit die Attraktivität der Börsennotiz. „Die geplante Regulierung des Nachhaltigkeitsreportings geht größtenteils an den Bedürfnissen der Investoren vorbei, kostet die Unternehmen aber viel Geld“, sagt Bortenlänger.

Insgesamt müssen alle Finanzmarktregulierungen daraufhin überprüft werden, ob und wie weit sie die Nutzung der Kapitalmärkte beeinträchtigen. „Regulierung von Schattenbanken oder Derivatemärkten, Trennbankensystem – immer sollte genau analysiert werden, welche unerwünschten Nebenwirkungen zu erwarten sind“, erklärt Bortenlänger. Um zu vermeiden, dass weitere Regulierung mehr Schaden anrichtet als Nutzen stiftet, sollte die künftige Bundesregierung für jede neue Regulierung eine umfassende Auswirkungsstudie erstellen.

*Das Deutsche Aktieninstitut arbeitet als etablierter Interessenvertreter aktiv an der Gestaltung der deutschen und europäischen Kapitalmärkte und ihrer Rahmenbedingungen mit. Es repräsentiert die am Kapitalmarkt interessierte deutsche Wirtschaft. Die rund 200 Mitglieder sind börsennotierte Aktiengesellschaften, Banken, Börsen, Investoren und andere wichtige Marktteilnehmer. Das Deutsche Aktieninstitut wurde 1953 gegründet und unterhält Büros in Frankfurt am Main und in Brüssel. Nähere Informationen zum Deutschen Aktieninstitut finden Sie unter [www.dai.de](http://www.dai.de).*

Ihr Ansprechpartner:

Dr. Norbert Kuhn

Leiter Unternehmensfinanzierung

Telefon +49 69 92915-20

E-Mail [kuhn@dai.de](mailto:kuhn@dai.de)